



Dies ist eine Leseprobe von Klett-Cotta. Dieses Buch und unser gesamtes Programm finden Sie unter www.klett-cotta.de

HUBERTUS HEIL

DER ANGRIFF DER AUTOKRATEN

Die Verteidigung der Demokratie
gegen innere und äußere Gegner

Klett-Cotta

Klett-Cotta

www.klett-cotta.de

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH

Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart

Fragen zur Produktsicherheit: produktsicherheit@klett-cotta.de

© 2026 by J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH,

gegr. 1659, Stuttgart

Alle Rechte inklusive der Nutzung des Werkes für Text und

Data Mining i. S. v. § 44b UrhG vorbehalten

Cover: Rothfos & Gabler, Hamburg

Gesetzt von Dörlemann Satz, Lemförde

Gedruckt und gebunden von CPI – Clausen & Bosse, Leck

ISBN 978-3-608-98975-5

E-Book ISBN 978-3-608-12655-6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der

Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten

sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

INHALT

Vorwort	7
Die Verwundbarkeit der Demokratie	17
Wie sich innere und äußere Angriffe verbinden	22
Die offene Gesellschaft als Angriffsfläche	27
Wie Müdigkeit entstanden ist	36
Die Demokratie erneuern	50
Hybride Attacken	59
Russlands Schattenkrieg	61
Chinas stille Macht	74
Trumps Zersetzung der Demokratie	88
Europa muss souveräner werden	97
Der Krieg der Informationen	101
Verwirren statt überzeugen	103
Die Architektur der Erregung	115
Die Agenda der Tech-Oligarchen	129
Urteilsfähigkeit stärken	140
Europas Freiheit und die neue Weltwirtschaft	151
Wie sich globale Kräfteverhältnisse verschieben	156
Die neue Systemkonkurrenz	164

Industriepolitik ist Demokratiepolitik	173
Mehr Europa wagen	178
Der Angriff im Inneren	185
Von Krise zu Krise	185
Großes Geld und »kleine Leute«	193
Rollen, Netzwerke und Narrative	197
Die AfD zurückdrängen	210
Die Internationale der Nationalisten	215
Über den Atlantik	217
Die Moskau-Achse	220
Europas Anti-Europäer	231
Für ein besseres Morgen	243
Schlusswort	249
Dank	259
Anmerkungen	261
Personenregister	291

VORWORT

Zuallererst möchte ich meine feste Überzeugung bekräftigen, dass das Einzige, was wir zu fürchten haben, die Furcht selbst ist – ein namenloser, unvernünftiger, ungerechtfertigter Schrecken, der die notwendigen Anstrengungen lähmt, den Rückzug in einen Vorstoß zu verwandeln.¹

FRANKLIN D. ROOSEVELT (1882–1945)

»Man kann ja ohnehin nichts machen.« »Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen.« »Man weiß doch gar nicht mehr, was stimmt.« Solche Sätze höre ich seit einigen Jahren, und sie fallen immer häufiger. Wer so spricht, ist nicht automatisch politikfern. Oft ist das Gegenteil der Fall: Viele Menschen sind politisch wacher denn je, aber sie sind müde. Müde von Krisen. Müde von ihrem Alltag, der komplizierter wird. Müde von einem öffentlichen Streit, der immer öfter nur noch aus Empörung zu bestehen scheint. Und manchmal auch müde von uns – vom politischen Berlin, von unseren Ritualen und unseren oft wie gestanzte wirkenden Sätzen, die nicht die wirklichen Sorgen treffen. Diese Müdigkeit schwächt unser freiheitliches Gemeinwesen. Denn Demokratie lebt von einem Gefühl, das man nur schwer messen kann, das aber über alles entscheidet: dem Gefühl, dass sie funktioniert, dass Wahlen etwas verändern

können, dass Institutionen tragen und dass Wahrheit nichts beliebig Interpretierbares ist. Von dem Konsens, dass politische Konflikte hart ausgetragen werden dürfen – aber innerhalb eines Rahmens, in dem das gemeinsame Verständnis von Wirklichkeit nicht zerbricht.

Spätestens seit dem 24. Februar 2022, seit dem russischen Angriff gegen die Ukraine, ist klar: Frieden ist nicht einfach »der Normalzustand«, der nur gelegentlich gestört wird. Frieden ist eine Ordnung, die verteidigt werden muss – gesellschaftlich, wirtschaftlich, manchmal auch militärisch. Als der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz wenige Tage nach Kriegsbeginn im Bundestag von einer »Zeitenwende« sprach, war das eine Zäsur und zugleich ein Auftrag, Konsequenzen zu ziehen.² Aber der Angriff, um den es in diesem Buch geht, umfasst mehr als die offene militärische Gewalt. Es geht auch um das, was sich innerhalb der Demokratien Europas abspielt: die schleichende Erosion von Vertrauen, die Attacken auf die Glaubwürdigkeit von Institutionen, die gezielte Verstärkung von Konflikten, bis aus politischem Streit persönliche Verachtung wird, und die Verzerrung der Wirklichkeit durch Lügen und Täuschung. Wenn der Unterschied zwischen Tatsachen und Meinungen verwischt wird, wird politische Orientierung schwierig und Manipulation leicht.³ In der digitalen Öffentlichkeit bekommt dieser Gedanke eine neue Wucht. Denn dort konkurriert man nicht um das beste Argument, sondern um die meiste Aufmerksamkeit. Was spaltet, ist dort oft profitabler als das, was verbindet. Ich habe den Eindruck: Wir unterschätzen, wie sehr unsere offene Gesellschaft von einem funktionierenden gemeinsamen Verständnis der Wirklichkeit abhängig ist. Man kann unterschiedliche Werte haben, unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Lebensentwürfe – das gehört zur

Demokratie. Aber wenn der Boden wegbricht, auf dem wir uns demokratisch streiten können, wird aus pluraler Debatte ein Dauerzustand aus Misstrauen. Und Misstrauen ist ein schlechter Ratgeber – nicht nur für einzelne Menschen, sondern auch für Gesellschaften.⁴

Dieses Buch ist nach vielen Gesprächen entstanden, aufgrund von Erfahrungen und aus vielen Begegnungen, in denen Bürgerinnen und Bürger nicht nach großen Theorien fragten, sondern nach Sicherheit, nach Fairness, vor allem aber nach Halt und Orientierung. Und aus Momenten, in denen ich spüre, dass sich etwas verhärtet hat: der Ton, die Geduld, die Bereitschaft, anderen überhaupt noch zuzuhören. Seit fast dreißig Jahren vertrete ich als direkt gewählter Abgeordneter meinen niedersächsischen Heimatwahlkreis Gifhorn-Peine im Deutschen Bundestag. In den letzten zwanzig Jahren trug ich an unterschiedlichen Stellen politische Führungsverantwortung: in meiner Partei auf regionaler Ebene als Bezirksvorsitzender und auf Bundesebene als SPD-Generalsekretär, im Bundestag als stellvertretender Fraktionsvorsitzender und über sieben Jahre in den Bundesregierungen von Angela Merkel und Olaf Scholz als Bundesminister für Arbeit und Soziales. Heute bin ich Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. In diesen Jahren habe ich viel erlebt – Veränderungen, Reformen, Krisen und Umbrüche. Ich habe manches mitgestalten dürfen, vor allem aber habe ich lernen müssen, wie verletzlich unsere Demokratie ist. Sie wird von innen und von außen angegriffen.

Als Politiker kenne ich die Neigung, Probleme schnell lösen zu wollen, ein Maßnahmenpaket zu schnüren, einen Konflikt zu beruhigen. Das ist oft notwendig. Aber kurzfristige Aktionen reichen nicht, wenn es um die Substanz unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens geht. Wenn de-

mokratische Verfahren systematisch delegitimiert werden. Wenn Gerichte, Medien und Parlamente nicht mehr kritisiert, sondern verächtlich gemacht werden. Wenn die Idee, dass man sich auf Fakten einigen kann, als naiv gilt.

Ich schreibe dieses Buch nicht, um Angst zu verbreiten. Angst wird von jenen gezielt eingesetzt, die offene Gesellschaften schwächen wollen. Ich will die Gefahren unserer Zeit nicht kleinreden. Und keineswegs soll eine falsche Harmonie beschworen werden. In einer Demokratie darf und muss man streiten: über Migration, über Energiepolitik, über innere Sicherheit, über Außenpolitik, über soziale Gerechtigkeit. Harte Debatten sind kein Problem – sie sind Teil der Lösung. Entscheidend ist aber, ob Streit in der Demokratie stattfindet oder gegen die Demokratie. Ob mit Argumenten Mehrheiten gewonnen werden oder ob Vertrauen zerstört werden soll, um Macht zu erlangen. Die einen wollen überzeugen, die anderen wollen verunsichern. Die einen akzeptieren Regeln, die anderen nutzen demokratische Regeln aus, um sie am Ende abzuschaffen.

Der Angriff kommt nicht immer direkt von außen, sichtbar und eindeutig. Er kommt oft indirekt – von innen, über die Veränderung von Debatten, in denen politische Gegner zu Feinden erklärt und systematisch diffamiert und lächerlich gemacht werden. Wenn der Eindruck erweckt wird, dass Regeln nicht mehr gelten. Über die Instrumentalisierung von Ängsten, über die Normalisierung von Verachtung und über Abhängigkeiten. Solche Angriffe wirken gerade deshalb, weil sie nicht wie klassische Angriffe aussehen.

Die Geschichte vom trojanischen Pferd ist keine Geschichte über militärische Überlegenheit. Sie ist eine Geschichte über Täuschung – und über Selbsttäuschung. Troja fiel nicht, weil seine Mauern zu schwach waren. Troja fiel,

weil die Trojaner glaubten, ein Geschenk vor sich zu haben. »Was immer es ist – ich fürchte die Griechen, auch wenn sie Geschenke bringen.« (*Quidquid id est, timeo Danaos et dona ferentis.*), warnt Laokoon vergeblich in Vergils *Aeneis*.⁵ Der Satz ist zu einem politischen Lehrstück geworden. Er erinnert daran, dass autoritäre Macht und die Feinde der offenen Gesellschaft sich selten als das zu erkennen geben, was sie sind. Sie erscheinen als nationale Erlöser, als Angebot, das man nicht ausschlagen kann, als Investition oder als vermeintlicher Schutz. Doch die eigentliche Tragik liegt nicht allein in der List der Angreifer.

Die Autorin Christa Wolf formuliert es in ihrer literarischen Neudeutung des Mythos radikaler: »Sie brachten das Pferd als Geschenk. Und wir selbst zogen es in unsere Stadt.«⁶ Die entscheidende Aussage lautet: Wir selbst waren es. Das ist die unbequeme Pointe, gerade auch für moderne Demokratien. Angriffe auf die Demokratien im Inneren und autoritäre Einflussnahme von außen funktionieren heute nicht primär über Zwang. Sie funktionieren über Anschlussfähigkeit, über ideologische und wirtschaftliche Verflechtungen, über politische Eitelkeit und über digitale Reichweite. Niemand wird gezwungen, das Pferd, das Geschenk, die vorteilhaften technischen Neuerungen in die eigene Sphäre hineinzuziehen. Man tut es, weil es nützlich und profitabel erscheint. Autoritäre Kräfte präsentieren Medienplattformen als Alternative zur »Mainstream-Presse«, politische Bündnisse als Schutz nationaler Souveränität, Kredite als wirtschaftliche Hilfe oder Energiepartnerschaften als Stabilitätsanker. Die Verpackung ist verführerisch, die Konsequenz oft fatal. Umberto Eco hat in seinem Essay »Der ewige Faschismus« beschrieben, dass autoritäre Ideologien sich niemals als autoritär vorstellen.⁷ Sie treten viel-

mehr als Bewahrer von Ordnung, Tradition und Sicherheit auf. Sie behaupten, das Volk vor Korruption und Verfall zu schützen. Und sie versprechen neue Größe in einem vermeintlich besseren Gestern. Gerade in dieser Inszenierung liegt ihre Wirksamkeit. Sie erscheinen nicht als Angriff – sondern als Rettung. Das trojanische Pferd ist ein Modell für die modernen hybriden Angriffe, die sich gegen die Demokratie richten. Die Mauern europäischer Demokratien sind hoch: Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Medien. Doch sie besitzen Tore: wirtschaftliche Offenheit, Meinungsfreiheit, politische Pluralität. Genau diese Tore machen sie aus. Und genau diese können missbraucht werden. Demokratische Wehrhaftigkeit bedeutet deshalb nicht Abschottung nach außen oder Verhärtung im Inneren. Sie verlangt Urteilkraft, erfordert Transparenz und die Fähigkeit, zwischen legitimer Kooperation und strategischer Unterwanderung zu unterscheiden. Troja fiel in einer Nacht, der Zerfall von Demokratien dauert länger. Aber sie fallen auf dieselbe Weise: wenn sie die vermeintlichen Geschenke, die ihnen gemacht werden, nicht prüfen. Die gute Nachricht jedoch lautet: Unsere Demokratie muss nicht fallen. Wir können selbst aufmerksamer, stärker und widerstandsfähiger werden und die vermeintlichen Geschenke zurückweisen.

Ich schreibe dieses Buch als Politiker und ich schreibe es als Bürger. Vor allem aber schreibe ich es als Vater. Ich möchte, dass meine Kinder sowie alle Kinder in unserem Land in einer Gesellschaft aufwachsen, in der Demokratie und Freiheit nicht nur als Worte in Sonntagsreden vorkommen, sondern im Alltag: als Möglichkeit, als Versprechen und als Realität. Demokratische Freiheit bedeutet für mich, ohne Angst leben zu können. Demokratische Freiheit heißt

Selbstbestimmung und demokratische Freiheit braucht gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber demokratische Freiheit heißt heute auch, nicht naiv zu sein.

Mir geht es um Wachheit ohne Hysterie und um Klarheit ohne Feindbildpolitik. Um die Fähigkeit, zwischen berechtigter Kritik und gezielter Zersetzung zu unterscheiden. Und um eine politische Konsequenz, die ich für zentral halte: Wehrhaftigkeit darf nicht heißen, die Demokratie zu verhärten, bis sie nicht mehr erkennbar ist. Wehrhaftigkeit muss heißen, die Demokratie so zu stärken, dass sie Konflikte aushält und zugleich Angriffe entschlossen abwehrt, die darauf zielen, die Grundlagen der Freiheit zu untergraben. Als Vater ist die Frage für mich dabei schlicht: Welche Gesellschaft geben wir weiter? Eine, in der demokratische Freiheit Stück für Stück stirbt? Oder eine, in der Demokratie als Grundlage des Zusammenlebens gilt und Freiheit als Wert verstanden wird, der verteidigt werden muss – gegen jene, die das Prinzip der freien, gleichen und würdevollen Teilhabe selbst verachten?

Dieses Buch ist ein Angebot und eine Einladung zur Auseinandersetzung. Es soll helfen, Muster zu erkennen, Entwicklungen einzuordnen und politische Verantwortung zu übernehmen, statt sie zu delegieren. Es soll zwar keine fertigen Antworten geben, durchaus aber Vorschläge machen, wie wir unsere offene Gesellschaft verteidigen können. Deshalb finden sich am Ende jedes einzelnen Kapitels Einschätzungen, worauf es jetzt ankommt, und Vorschläge, was getan werden kann. Ich will damit eine Haltung stärken, nämlich dass Demokratie nicht von allein stabil bleibt, dass sich Wahrhaftigkeit nicht automatisch durchsetzt und dass Freiheit ohne Schutz nicht von Dauer ist. Ich wünsche mir, dass wir am Ende nicht müder sind, sondern entschlosse-

ner, nicht ängstlicher, sondern klarer. Und dass wir den Satz »Man kann ja ohnehin nichts machen« wieder verlernen. Für eine starke und lebendige Demokratie.

Berlin, im Sommer 2026
Hubertus Heil

Dieses Buch wurde Ende Juli 2026 fertiggestellt, sodass ich mögliche weitere Ereignisse nicht in meine Betrachtungen einbeziehen konnte.

*Gewidmet meiner geliebten Frau Solveig
in großer Dankbarkeit
und unseren wunderbaren Kindern
Leonard und Mathilda.*

DIE VERWUNDBARKEIT DER DEMOKRATIE

Es ist früher Abend am 29. August 2020. Die Luft über Berlin ist schwer, die Hitze eines langen Sommertages liegt noch zwischen Spree und Brandenburger Tor. Vor dem Reichstagsgebäude drängen sich Tausende. Zwischen Deutschlandfahnen wehen schwarz-weiß-rote Reichsflaggen, dazwischen Transparente mit der Aufschrift »Widerstand 2020«, »Wir sind das Volk«, »Freiheit«. Auf dem Rasen vor dem Parlament stehen Lautsprecherwagen, es wird gerufen, gepfiffen, gefilmt. Die Corona-Protestbewegung »Querdenken 711« hat unter dem Motto »Tag der Freiheit – Das Ende der Pandemie« zur Demo aufgerufen. Die Szenerie hat etwas Aufgeladenes, fast Elektrisierendes. Auf einer Bühne in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes treten mehrere Redner auf. In sozialen Netzwerken kursieren Gerüchte, im Gebäude sei soeben eine »Friedensbewegung« eingezogen, das Parlament stehe kurz vor der »Übernahme«. Es sind bewusst gestreute Falschinformationen. Aber erst der Auftritt der Heilpraktikerin Tamara K. aus der Eifel, lässt die Lage eskalieren. Sie ruft: »Wir holen uns unser Haus zurück.« Ein Satz, der in dieser aufgeheizten Atmosphäre nicht als Metapher verstanden wird, sondern als Handlungsanweisung. Menschen reißen ihre Handys hoch, filmen, rufen und ni-

cken. Viele sind der Überzeugung, dass sich hier Geschichte neu ordnet.¹

Dann der Satz, der wirkt wie ein Streichholz, das in ein Benzinlager geworfen wird: »Trump ist in Berlin gelandet!«, ruft sie. »Er ist hier. Er unterstützt uns!« Knapp 500 Demonstrierende strömen zum Reichstagsgebäude, durchbrechen Absperrgitter, laufen die breite Treppe zum Portal hinauf. Sie skandieren »Widerstand!«, »Wir holen uns unser Land zurück!« Drei Polizeibeamte stehen zunächst allein vor dem Eingang. Sie ziehen ihre Schlagstöcke und versuchen die Menge zurückzudrängen. Erst nach einiger Zeit treffen Verstärkungskräfte ein. Das Gebäude wird von den Protestierenden nicht betreten. Doch die Bilder bleiben: Menschen mit Reichsflaggen auf den Stufen des deutschen Parlaments.²

Die Versammlung war zuvor von den Behörden aufgelöst worden, weil Auflagen – insbesondere Corona-Abstandsregeln – systematisch missachtet wurden. Dennoch blieben zahlreiche Teilnehmer in unmittelbarer Nähe. Über Messenger-Dienste wurden fortlaufend Anweisungen und Gerüchte verbreitet. Der entscheidende Impuls kam nicht zufällig, sondern im Zusammenspiel von Agitation, Desinformation und einer bewusst erzeugten Dramatisierung der Situation. Es war kein »spontaner Mob«. Unter den Demonstrierenden befanden sich organisierte Rechtsextreme, Reichsbürger und Verschwörungsideologen. Sicherheitsbehörden registrierten Fahnen der identitären Bewegung ebenso wie einschlägige Symbole aus dem neonazistischen Milieu.³ Der Berliner Verfassungsschutz hatte bereits im Vorfeld gewarnt, dass Rechtsextremisten versuchten, die Corona-Proteste strategisch zu instrumentalisieren.⁴ Die Pandemie diente als Mobilisierungsthema – im Kern ging

es um etwas anderes: um die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie.

Der Begriff »Sturm auf den Reichstag« ist mehr als eine journalistische Zuspitzung. Er verweist auf die symbolische Dimension des Geschehens. Der Reichstag ist kein beliebiges Gebäude. Er ist historisch aufgeladen wie kaum ein anderer Ort in Deutschland. Hier rief am 9. November 1918 der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. 1933 wurde der Reichstagsbrand von den Nationalsozialisten genutzt, um Grundrechte außer Kraft zu setzen und die Weimarer Demokratie endgültig zu zerstören.⁵ Am 3. Oktober 1990 wurde hier die Deutsche Einheit gefeiert. Im wiedervereinigten Deutschland wurde das Gebäude zum Sitz des Deutschen Bundestages. Die Kuppel des britischen Architekten Sir Norman Foster ist ein gebautes Demokratieversprechen: Transparenz statt Finsternis, Glas statt Macharchitektur. Das schwarz-weiß-rote Banner des Kaiserreiches, mit dem am 29. August 2020 Demonstrierende die Treppen dieses Gebäudes hinaufstürmten, steht nicht für eine schwärmerische monarchistische Nostalgie, sondern für die aggressive Ablehnung der demokratischen Ordnung seit 1918. Es ist das Symbol jener, die die Bundesrepublik als »illegitimes System« betrachten. Der *Spiegel* beschrieb später, wie Akteure aus dem Umfeld der sogenannten »Reichsbürger«-Szene gezielt auf diesen symbolischen Moment hingearbeitet hatten.⁶ In einschlägigen Chatgruppen wurde der Reichstag als »Ziel« benannt. Die Idee einer »friedlichen Besetzung« kursierte schon Tage zuvor. Dass zunächst nur drei Polizeibeamte vor Ort waren, lag an einer Fehleinschätzung der Lage. Erst im Nachhinein wurde deutlich, wie koordiniert einzelne Gruppen vorgingen.

Dieser »Sturm« blieb eine Treppenszene. Aber er war ein

Warnsignal. Er zeigte, wie schnell Verschwörungsnarrative in Aktionen münden können. Er zeigte, wie digitale Mobilisierung physische Räume erobert. Und er zeigte, dass autoritäre Sehnsucht nicht nur in Randzonen existiert, sondern Anschlussfähigkeit gewinnen kann, wenn Krisenängste und Vertrauensverlust aufeinandertreffen. Im Verfassungsschutzbericht 2020 wurde von einer »neuen Qualität« der Proteste gesprochen, von einer »Entgrenzung«, bei der ideologische Milieus miteinander verschmelzen.⁷ Antisemitische Narrative, Corona-Leugner, QAnon-Erzählungen, Reichsbürger-Ideologie und rechtsradikale Rhetorik fanden eine gemeinsame Bühne. Wer die Bilder vom 29. August betrachtet, sieht mehr als eine eskalierte Demonstration. Man sieht, dass die demokratische Normalität etwas Fragiles ist.

Das Ganze war kein Umsturzversuch im Sinne eines koordinierten Staatsstreichs. Aber wie im Licht eines Scheinwerfers zeigte sich, wie dünn die Linie zwischen radikalisierte Rhetorik und entfesselter Gewalt sein kann. Das Ganze erinnerte uns daran, dass die Verteidigung der Demokratie nicht an der Tür des Parlaments beginnt – sondern in der Auseinandersetzung mit Lügen, mit autoritären Mythen, mit der systematischen Delegitimierung unseres Gemeinwesens. Die drei Polizeibeamten verteidigten an diesem Abend nicht nur ein Gebäude. Sie verteidigten die Idee, dass politische Macht in Deutschland nicht durch Lautstärke, nicht durch Mythen, nicht durch das Schwenken historischer Fahnen errungen wird – sondern durch Wahlen, Debatten und das Recht. Diese Idee ist stark. Aber sie ist nicht unverwundbar.

Europa hat sich daran gewöhnt, Krisen als Ausnahmezustände zu behandeln. Doch was, wenn die Ausnahme Normalität ist? Was, wenn nicht mehr die einzelne Krise das Problem ist, sondern der Zustand permanenter Überforde-

rung selbst? Demokratie lebt vom Vertrauen in demokratische Prozesse und Institutionen und vom Glauben an Gestaltbarkeit. Sie setzt voraus, dass politische Entscheidungen Wirkung entfalten, dass Institutionen handlungsfähig sind und dass Konflikte – so hart sie auch sein mögen – lösbar sind. Genau dieser Glaube ist brüchig geworden. Die große Gefahr unserer Zeit ist nicht der offene Autoritarismus. Es ist der fortschreitende Verlust des Vertrauens in die demokratische Selbstwirksamkeit der Bürgerinnen und Bürger.

Als der französische Soziologe Pierre Rosanvallon bereits Anfang der 2000er-Jahre von einer »Demokratie des Miss-trauens« sprach, wurde dies noch als akademische Über-treibung bezeichnet.⁸ Heute wirkt seine Diagnose beinahe nüchtern. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, dass politische Entscheidungen nicht mehr aus Aushandlungsprozessen hervorgehen, sondern aus komplexen Sachzwängen: Märkten, Algorithmen und geopolitischen Notwendigkeiten. Viele haben den Eindruck, dass »die da oben« in Wirtschaft und Politik die wesentlichen Entscheidungen unter sich ausmachen. Demokratie erscheint dann nicht mehr als Gestaltungsraum, sondern als Verwaltungsritual. Umfragen zeigen seit Jahren einen Rückgang des Vertrauens in Parlamente, Parteien und Medien – selbst in Staaten mit stabilen Institutionen. Die länderübergreifende Erhebung der OECD über Vertrauen in öffentliche Institutionen 2024 zeigt, dass nur 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in politische Parteien haben, nur 34 Prozent vertrauen den Medien und nur 35 Prozent dem nationalen Parlament.⁹ Die repräsentative Allensbach-Befragung im Auftrag der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* 2025 berichtet von einem kontinuierlichen Rückgang des Vertrauens in zentrale staatliche Institutionen seit 2021, mit

besonders niedrigen Werten für Parteien und deutlichen Vertrauensverlusten auch bei Medien und Regierung.¹⁰ Oft verschwindet politisches Vertrauen nicht abrupt. Es scheint wie Wasser zu verdunsten. Und genau in diesem Zustand der Verdunstung setzen moderne Einflussstrategien an.

Wie sich innere und äußere Angriffe verbinden

Die berühmte Rede Hannah Arendts über »Wahrheit und Politik« liest sich heute wie eine Vorahnung des digitalen Zeitalters. Arendt warnte davor, dass eine Gesellschaft, die den Unterschied zwischen Tatsache und Meinung aufgibt, nicht einfach pluralistischer wird – sondern manipulierbar. »Wo Tatsachen nicht mehr anerkannt werden, kann jede Lüge politisch wirksam werden.«¹¹ Statt einer gemeinsamen Öffentlichkeit erzeugen soziale Medien heute parallele Wirklichkeitsräume. Algorithmen belohnen Zuspitzung, nicht Differenzierung. Emotion schlägt Evidenz. Die Konsequenz ist nicht notwendigerweise Radikalisierung, sondern Relativierung. Wenn alles möglich scheint, verliert das Plausible seine Bindungskraft. Rechtsextreme Parteien fungieren in diesem Umfeld als Übersetzer. Sie verwandeln diffuse Verunsicherung in politische Erzählungen, nicht analytisch, sondern affektiv. Die AfD ist hierfür ein Beispiel: Ihre Rhetorik verbindet soziale Abstiegsängste mit kulturellen Bedrohungsszenarien und einem tiefen Misstrauen gegenüber Institutionen. Parlamente gelten als »System«, Medien als »Lügenpresse«, Wissenschaft als ideologisch. Ein

führender AfD-Politiker formulierte es auf einem Parteitag unverblümt: »Wir müssen dieses System von innen heraus delegitimieren.«¹² Das ist keine bloße Provokation. Es ist eine Strategie.

Im Plenarsaal des Deutschen Bundestages habe ich das erlebt: Als Mitglied der Bundesregierung hatte ich von 2021 bis 2025 das zweifelhafte Vergnügen, in der ersten Reihe der Regierungsbank ganz rechts zu sitzen. Ich saß also etwa anderthalb Meter entfernt von den Abgeordneten der AfD-Bundestagsfraktion. Ich hörte die menschenverachtenden Parolen. Ich hörte auch die infamen Bemerkungen, die rassistischen Attacken und die widerlichen sexistischen Sprüche gegen weibliche Abgeordnete. Ich hörte von meinem Platz auch Dinge, die die Bundestagsprotokollanten nicht erfassen konnten. Aber vor allem spürte ich, wie die AfD – oft unter der Regie ihres Parlamentarischen Geschäftsführers Stephan Brandner – die Institutionen der Demokratie und ihre Repräsentanten verunglimpfte. Oft benutzen sie dabei Formulierungen und Erzählungen, die einem aus der Propaganda autoritärer Regime nur allzu bekannt vorkommen.

Es gibt sehr enge Kontakte zwischen AfD-Abgeordneten und autoritären Regimen, auch Verbindungen zum russischen Geheimdienst.¹³ Es wäre trotzdem wohl nicht richtig, autoritäre ausländische Mächte als Strippenzieher der rechtsextremen Parteien darzustellen. Diese Mächte erzeugen von außen keine innergesellschaftlichen Konflikte. Aber sie verstärken gezielt und systematisch vorhandene Bruchlinien. Russland spricht offen von »nichtmilitärischen Mitteln« der Kriegsführung. In der sogenannten Gerassimow-Doktrin, benannt nach dem russischen Generalstabschef Waleri Gerassimow, der 2013 in einem Artikel moderne

hybride Kriegsführung beschreibt, wird Desinformation explizit als strategische Waffe benannt.¹⁴ Sie soll den Gegner politisch handlungsunfähig machen.

Auch in Bezug auf China gibt es Spionagefälle in der AfD, intensive Verbindungen mit der Volksrepublik und Reisen dorthin.¹⁵ Der chinesische Weg der Einflussnahme folgt einer Jahrhunderte alten Tradition. Das Reich der Mitte war in der Vergangenheit schon einmal Großmacht, aber kein Kolonialreich. Seinen politischen Einfluss hat es stets durch Handel und politische Verbindungen gemehrt. Universitäten, Hafeninfrastruktur, 5G-Netze – all das sind keine neutralen chinesischen Investitionen in vielen Teilen der Welt, sondern Elemente geopolitischer Positionierung. Der Drache hat einen langen Atem und verbindet sich Stück für Stück mit Partnern im globalen Süden. Die chinesische Seidenstraßenstrategie ist eine wirkungsmächtige Erfindung, um sukzessive hegemoniale Ziele zu verwirklichen.¹⁶

Die Vereinigten Staaten unter Donald Trump schließlich haben gezeigt, dass die Erosion der Demokratie nicht nur von außen kommt. Der Sturm auf das Kapitol am 6. Januar 2021 war, wie der »Sturm auf den Reichstag« ein halbes Jahr zu vor, kein Betriebsunfall: Er war der erste Höhepunkt einer systematischen Delegitimierung demokratischer Verfahren. *If you don't fight like hell, you're not going to have a country anymore.* Dieser aggressive Satz Donald Trumps hat internationale Wirkung entfaltet. In der zweiten Amtszeit Trumps setzt die US-amerikanische Regierung in Europa ausdrücklich auf rechtsradikale Parteien, um ihren Einfluss auf die Demokratien unseres Kontinents zu vergrößern. Das hat der verstörende Auftritt von Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 deutlich gemacht.¹⁷ Ende 2025 hat die

US-Regierung ihren neuen Kurs auch schriftlich niedergelegt und in der *National Security Strategy of the United States* die Abkehr von einer primär wertebasierten transatlantischen Ordnung hin zu einer strikt interessengeleiteten Außenpolitik betont. Europa wird als sicherheitspolitischer Raum von Bedeutung beschrieben, zugleich jedoch kritisch hinsichtlich seiner politischen und gesellschaftlichen Entwicklung bewertet. Dazu gehören angebliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit, der Umgang mit politischem Dissens sowie die angebliche Ausgrenzung »patriotischer« oder systemkritischer Parteien. Der zunehmende Einfluss nationalkonservativer und rechtspopulistischer Kräfte wird als politischer Faktor für die potenzielle bilaterale Kooperation interpretiert.¹⁸

Rechtsextremisten aus Europa geben sich in Washington die Klinke in die Hand. Nicht selten zeichnen sie gegenüber ihren US-amerikanischen Gesprächspartnern und in Medien düstere und abstruse Zerrbilder der politischen Lage auf unserem Kontinent. Als ich im September 2025 zu politischen Gesprächen in Washington D.C. war, sah ich zufällig, wie der britische Rechtspopulist und Brexit-Initiator Nigel Farage über einen Seiteneingang das Weiße Haus betrat. Ich hörte, dass er am selben Tag im US-Kongress behauptet hat, in Deutschland säßen viele Rentner im Gefängnis, weil sie die Bundesregierung per Social Media kritisiert hätten. Auf einer Veranstaltung im American-German-Institute erklärte ich, dass ich diese Behauptung als früherer Rentenminister bestreiten kann: Die etwa 22 Millionen deutschen Rentnerinnen und Rentner machen in Deutschland alles Mögliche. Sie kritisieren sicherlich gerne auch mal die Regierung. Aber im Gefängnis sitzt deshalb niemand. Bei diesem Besuch in Washington D.C. wurde

mir jedenfalls noch stärker bewusst, wie autoritäre Mächte unsere Demokratien in Europa von außen unter Druck setzen und sich mit europäischen Rechtsextremisten die Bälle zuwerfen.

Die Gefahr, Offenheit und Wehrlosigkeit zu verwechseln

Wir in Europa haben Offenheit lange mit Unschuld verwechselt. Doch Offenheit ohne Schutzmechanismen wird zur Einladung für autoritäre Angriffe. Demokratie muss konfliktfähig sein. Wer glaubt, man könne autoritären Akteuren allein mit moralischer Überlegenheit begegnen, unterschätzt die Realität internationaler Politik. Der Politikwissenschaftler Ivan Krastev bringt es auf den Punkt: »Demokratien sterben heute nicht durch Gewalt, sondern durch den Verlust des Glaubens an ihre eigene Zukunft.«¹⁹ Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob Europa seine Werte verteidigen soll, sondern wie. Die Antwort kann nicht im Abbau von Freiheit liegen, und sie liegt ebenso wenig im Wegsehen. Demokratische Selbstbehauptung bedeutet: Schutz der Informationsräume, Transparenz politischer Finanzierung und ökonomische Souveränität.

Der preußische General und Militärtheoretiker Carl von Clausewitz definierte im frühen 19. Jahrhundert Krieg als »einen Akt der Gewalt, um Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen«.²⁰ Für ihn stand die direkte Konfrontation gegnerischer Heere im Mittelpunkt, bei der die militärische Stärke entscheidend ist. Der chinesische Kriegstheoretiker Sunzi wies aber schon im 5. Jahrhundert vor Christus darauf hin, dass der beste Sieg derjenige sei, bei dem der Widerstand des Feindes gebrochen wird, ohne kämpfen zu müssen. Für ihn stand fest: »Alle Kriegsführung beruht auf

Täuschung.«²¹ Er betonte damit die Bedeutung von kluger Planung und Strategie. Gerade weil heute autoritäre Mächte wieder verstärkt bereit sind, Gewalt und Täuschung zur Durchsetzung ihrer Interessen anzuwenden, muss Macht – auch militärische – wieder als zentrale Kategorie internationaler Politik verstanden werden.

Europa steht nicht am Abgrund. Aber es steht an einem Punkt, an dem Gleichgültigkeit gefährlicher ist als Konflikt. Die Risse im vermeintlich sicheren Fundament der europäischen Demokratien sind älter als der Krieg in der Ukraine, älter als die Pandemie, älter auch als der Aufstieg rechtsradikaler Parteien. Doch erst in den vergangenen Jahren sind diese Risse sichtbarer geworden und wurden systematisch ausgenutzt.

Die offene Gesellschaft als Angriffsfläche

Demokratien leben vom Vertrauen in Institutionen, in Verfahren und Fakten. Dieses Vertrauen ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Ergebnis jahrzehntelanger Stabilität. Nach 1989 wuchs in Europa die Überzeugung, dass diese Stabilität dauerhaft sei. Der Historiker Heinrich August Winkler spricht davon, dass seit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 das »normative Projekt des Westens«²² entstanden ist. Nach dem Ende des Kalten Krieges herrschte in Europa ein fast grenzenloser Optimismus: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft würden sich global durchsetzen – nicht durch Zwang, sondern wegen ihrer Anziehungskraft. Francis Fukuyamas berühmte These vom »Ende der Geschichte« wurde zwar oft

missverstanden, prägte aber dennoch eine politische Mentalität: Geschichte galt als entschieden, Konflikte als verwaltbar.²³ Diese Selbstgewissheit erwies sich als gefährlich. Denn offene Gesellschaften sind nicht nur lernfähig, sie sind auch durchlässig. Sie erlauben Kapitalverkehr, Meinungsfreiheit, politische Organisation und digitale Vernetzung. Diese Offenheit wird heute ausgenutzt: nicht mit Panzern, sondern mit Erzählungen. Nicht mit Invasionen, sondern mit gezielt gestreutem Zweifel.

Die neue Verwundbarkeit Europas zeigt sich deutlich in der gesellschaftlichen Polarisierung. Migration, Pandemie, Klimapolitik, soziale Fragen, Energiepreise, Lebensstilfragen – all diese Themen werden emotionalisiert, stark vereinfacht dargestellt und radikalisiert. Menschen sollen damit nicht von einer bestimmten Politik überzeugt werden. Es geht darum, sie gegeneinander aufzubringen. Der Soziologe Steffen Mau spricht von »Triggerpunkten« moderner Gesellschaften: von symbolisch aufgeladenen Konflikten, an denen sich Zugehörigkeit entscheidet.²⁴ Autoritäre Akteure und rechtsextreme Parteien nutzen diese Triggerpunkte, um Misstrauen zu säen – gegen Parlamente, Gerichte, Medien und die Wissenschaft. Ein Beispiel: Während der Corona-Pandemie griffen russische und chinesische Desinformationsnetzwerke in mehreren europäischen Ländern nahezu identische Narrative auf. Lockdowns wurden als »Diktatur«, Impfungen als »Zwangsexperimente«, demokratisch beschlossene Maßnahmen als »Eliteprojekte« dargestellt – auch in Verbindung mit antisemitischen Verschwörungstheorien. In Deutschland wurden diese Erzählungen von Teilen der AfD aufgenommen, aber auch von außerparlamentarischen Bewegungen, die sich rasch radikalisierten. Vergleichbares erleben wir seit dem Beginn des russischen

Angriffskriegs auf die Ukraine. Das ist keine zufällige Übereinstimmung, sondern ein Muster.

Zur politischen Verwundbarkeit tritt eine ökonomische. Europa hat sich über viele Jahre in Abhängigkeiten begeben – aus Bequemlichkeit, aus dem Kostenkalkül der Industrie und aus dem Glauben an einen automatischen Wandel durch Handel. Besonders deutlich wurde dies bei der Energiepolitik gegenüber Russland. Als der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz unmittelbar nach der russischen Vollinvasion im Februar 2022 von einer »Zeitenwende« sprach, ging es nicht nur um die Zerstörung der europäischen Friedensordnung durch Putins brutalen Imperialismus. Es ging auch nicht nur um Waffenlieferungen zur Unterstützung der angegriffenen Ukraine und die Ertüchtigung der Bundeswehr durch ein großes Sondervermögen. Es ging vor allem auch um das Eingeständnis politischer Fehlentscheidungen, die frühere Bundesregierungen – von Helmut Kohl über Gerhard Schröder bis hin zu Angela Merkel – zu verantworten haben. Jahrzehntelang hatte Deutschland sicherheitspolitische Interessen wirtschaftlichen untergeordnet – besonders auf Drängen der deutschen Industrie. Dieser Logik folgten auch große Teile Europas. Der Ökonom Moritz Schularick spricht von einer »Illusion der Friedensdividende«: von der Annahme, dass wirtschaftliche Verflechtung und »Wandel durch Handel« automatisch politische Mäßigung erzeugt.²⁵ Autoritäre Staaten haben diese Annahme widerlegt – und Abhängigkeiten als Druckmittel missbraucht.²⁶